



# Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

## Guten Tag, liebe Telgter Bürgerinnen und Bürger.

Nur noch ein paar Tage bis zur Landtagswahl und manches ist anders gekommen, als man/frau sich das dachte. Die CDU dümpelt im Umfragetief, die SPD ganz obenauf, und es gibt einen neuen Faktor: Die Piratenpartei. Auch wenn sie ein weiterer politischer Mitbewerber ist, so hat sie doch einige Nichtwähler-Innen mobilisiert, zur Wahl zu gehen. Das ist erst einmal zu begrüßen. Ob die Piratenpartei den hohen Ansprüchen standhält, wird sich in Zukunft zeigen.

Jetzt geht es aber erst einmal weder um die Piratenpartei, noch darum, wo Norbert Röttgen nach der Wahl wohnen wird, sondern darum, welche Themen in den nächsten fünf Jahren die Landespolitik bestimmen werden.

Unsere Schwerpunkte sind weiterhin Alternative Energieerzeugung, Atomausstieg, Frauenpolitik, Schule, Landwirtschaft, starke Kommunen, Familienpolitik, Verkehr, Datenschutz und VerbraucherInnenrechte.

Weil uns diese Themen so wichtig sind, machen wir Wahlkampf.

Weil uns diese Themen so wichtig sind, erhalten Sie dieses Pöggskén.

Weil uns diese Themen so wichtig sind, bitten wir Sie am 13. Mai um Ihre Stimme!

Ihre Pöggskén-Redaktion



## Liebe Telgterinnen und Telgter,

„Sie und Frau Kraft, Sie machen ja sowieso weiter!“ Wie selbstverständlich begegnet mir dieser Satz täglich auf der Straße. Dieser Zuspruch freut mich – aber ganz so selbstverständlich ist es nicht. Jede Stimme ist entscheidend. Für eine klare Mehrheit von Grünen und SPD sollten Sie am 13. Mai uns Grüne mit mir an der Spitze wählen. Für uns Grüne gilt: Wenn rot-grün geht, machen wir rot-grün. Ansonsten droht eine Große Koalition.

In Telgte haben Sie bei den letzten Wahlen mit einem grünen Bürgermeister und einer starken grünen Fraktion für besondere Verhältnisse gesorgt. Nun kämpfen wir für eine starke grüne Fraktion in einer Koalition mit der SPD in Düsseldorf, und Sie können uns dabei helfen.

Wir stehen für Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, starke Städte und Gemeinden, Haushaltspolitik mit Augenmaß, Frauenrechte, Nichtraucherschutz, humane Flüchtlingspolitik ...

Und natürlich stehe ich auch ganz persönlich für ein leistungsstarkes und sozial gerechtes Bildungssystem!

Ich bitte Sie um Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen!

**Sylvia Löhrmann**

## Jetzt erst recht! ... NRW wählt grün!

Am 13. Mai wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Das zweite Mal innerhalb von zwei Jahren.

Vielen fehlt das Verständnis für eine solche Neuwahl, denn immerhin kostet diese Wahl 45 Millionen Euro. Geld, das bei knappen Kassen in den Kommunen eigentlich nicht vorhanden ist. Mit 45 Millionen Euro könnten viele Projekte in den verschiedensten Bereichen durchgeführt wer-

den. In diesem Augenblick aber gibt es für dieses Geld nur ein Projekt, und das heißt „Neuwahlen“. Also soll sich dieses Projekt für NRW auch lohnen und für eine stabile Koalition in den nächsten fünf Jahren sorgen.

Zwischen der Wahl 2010 und der Auflösung des Landtages lagen 20 Monate voller konstruktiver Arbeit der grünen Landtagsfraktion. Wichtige Themen wurden mit wechselnden Mehrheiten durchge-

setzt. Wie versprochen, gelang es die Studiengebühren abzuschaffen, die Drittelparität (Machtverhältnis in der Schulkonferenz) an den Schulen wieder einzuführen, die Kopfnote abzuschaffen und viele Mittel im sozialen Bereich (z.B. für Frauenhäuser, 1500 Stellen in der Altenpflege) wieder im Haushalt zu verankern.

Gemeinsam mit der CDU gelang es, einen Schulkonsens durchzubringen, der, so um-

stritten er auch sein mag, den Kommunen die Möglichkeit gibt, eine Vielfalt von Bildungsangeboten auszuwählen und vor Ort die bestmögliche Schulform zu wählen. Damit diese Projekte und die vielen anderen Themen, die noch vor der Umsetzung standen, fortgeführt werden können, braucht es jetzt eine stabile rot-grüne Koalition mit einer starken grünen Fraktion im Düsseldorfer Parlament!

marian husmann



# Keine Kohle im Revier!

## Wir wollen weiter die Städte und Gemeinden stärken.

Noch nie hat eine Landesregierung die Kommunen so intensiv finanziell unterstützt. Denn: Nur Reiche können sich arme Städte und Gemeinden leisten. Wir helfen den besonders notleidenden Kommunen mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen. Allerdings können die Kommunen ihre massiven Schulden nur abbauen, wenn endlich auch der Bund Verantwortung übernimmt.

Statt mit Steuergeschenken die Einnahmen der Kommunen zu verringern und die Substanz der örtlichen Infrastruktur weiter auszuhöhlen, muss sich der Bund viel stärker an den hohen kommunalen Sozialkosten beteiligen und eine Gemeindefinanzreform einleiten.

Außerdem wollen wir den „Solidarpakt Ost“ schrittweise in einen „Bedarfspakt“ umwandeln. Fördermittel sollen nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf in ganz Deutschland verteilt werden.



Foto: Viktor Mildenerberger / pixelio.de

## Neue Zeitrechnung für die Kommunen

Als eine der ersten Maßnahmen nach dem Regierungsantritt hat die rot-grüne Landesregierung noch im Jahr 2010 die Gemeindefinanzierung um über 350 Millionen Euro aufgestockt. Die Unterstützung der Kommunen haben wir in den folgenden Jahren fortgesetzt.

Wir haben die Grunderwerbssteuer erhöht, den Kommunen den von CDU und FDP gestrichenen Anteil an der Grunderwerbssteuer zurückgegeben und sie auch bei der Erhöhung beteiligt. Das sind für die Kommunen jetzt jedes Jahr 190 Millionen Euro zusätzlich.

Noch in 2011 wurde zudem der Stärkungspakt Stadtfinanzen mit einem Volumen von zunächst 350 Millionen Euro jährlich aufgelegt. Mit einer sinnvollen Gegenfinanzierung wollen wir dieses Programm auch nach der Wahl fortführen und perspektivisch mit einem Volumen von insgesamt mindestens 660 Millionen Euro ausstatten. Für uns ist klar, dass der Bund sich deutlich

stärker an den Soziallasten beteiligen und die Hälfte dieser Kosten übernehmen muss.

Wir haben wichtige Beiträge zur Gesundung der Kommunen – insbesondere in den vom Strukturwandel betroffenen Kommunen – geliefert: die Aufstockung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die stärkere Berücksichtigung der Soziallasten bei der Kommunalfinanzierung und der Stärkungspakt Stadtfinanzen. Wir haben damit gegen den Widerstand von CDU und Linkspartei eine Trendwende bei der Kommunalfinanzierung eingeleitet. Darauf muss jetzt aufgebaut werden.

Eine Milliarde Euro jährlich haben CDU und FDP von 2005 bis 2010 den Städten in NRW entzogen. Die Liquiditätskredite stiegen im selben Zeitraum von zehn auf 20 Milliarden Euro an.

Die von der CDU erhobene Forderung nach einer Stärkung der kommunalen Finanzen ist vor dem Hintergrund des über Jahre durchgeführten Raubzugs zynisch und steht im krassen Widerspruch zum eigenen Regierungshandeln.

## Solidarität ist keine Frage der Himmelsrichtung

Es ist angesichts hoher finanzieller Belastungen durch Arbeitslosigkeit, Strukturwandel und Bevölkerungsschwund nicht zu akzeptieren, dass unsere Städte auf Dauer mit den Solidarleistungen Ost zusätzlich belastet werden. Für diese Aufbauhilfen müssen sie teure und unwirtschaftliche Liquiditätskredite aufnehmen.

Deswegen wollen wir den „Solidarpakt Ost“ schrittweise in einen „Bedarfspakt“ umwandeln. Fördermittel sollen nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf in ganz Deutschland verteilt werden. Gelder für den Hochschulausbau, den Schienenverkehr oder die Soziallastenfinanzierung des Bundes dürfen nicht nach der Parteizugehörigkeit oder regionalen Verankerung des jeweiligen Ministers vergeben werden.

Marian Husmann

# Politik braucht Raum

Zu Diskussionen führt derzeit die Frage, ob und wie die städtischen Gebäude für politische Zwecke genutzt werden dürfen. Nach gültiger Beschlusslage können öffentliche Veranstaltungen der Parteien nur in Gaststätten oder im Bürgerhaus stattfinden.

Leider entsprechen diese Räumlichkeiten aber oft nicht den Anforderungen, die bestimmte Veranstaltungsformate brauchen. Besonders das Kornbrennereimuseum bietet einen Rahmen, der einem Vortrag eine angenehme und lockere Atmosphäre verleihen kann und das VHS-Gebäude könnte für Informationsveranstaltungen mit Seminarcharakter genutzt werden.

Hintergrund der bisherigen Regelung ist die Befürchtung, dass nach dem Gleichheitsprinzip auch „unerwünschten“ Gruppierungen, etwa der NPD, die gleichen Rechte

eingerräumt werden müssten. Dieses Argument müsste natürlich konsequent auch für das Bürgerhaus gelten und außerdem kann man nach dem starken Widerstand gegen den Naziaufmarsch im März durchaus davon ausgehen, dass Telgte andere Wege finden würde, solche Veranstaltungen zu verhindern.

Die Betriebskosten der „Kornbrenne“ sind immer wieder Thema, wenn es um die Haushaltslage der Stadt geht. Der Verzicht auf potentielle Mieteinnahmen ist überhaupt nicht nachvollziehbar.

Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht Politik und Politik braucht Raum. Hier muss noch einmal gründlich diskutiert und nachgedacht werden.

g.k.



Foto: Tatjana Scharfe

## Impressum

### "Dat Pöggsken"

Zeitung der Grünen Telgte  
Herausgeber:  
Ratsfraktion & Ortsverband von  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

erscheint: 3 bis 4 Mal im Jahr

Auflage: 8.500 Stück

Anschrift: Peter Spieker  
Waldweg 27  
48291 Telgte

V.i.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge: Mitglieder & MitarbeiterInnen der grünen Ratsfraktion Telgte:  
Katja Müller (k.m.), Gerd Klünder (g.k.), Gisela Böckmann (g.b.), Bettina Schmitte (b.s.), Peter Spieker (p.s.), Bernhard Drestomark (b.d.), Ursula Mindermann (u.m.), Uli Schlösser (u.s.), Marian Husmann (m.h.), Johannes Hollenhorst (j.h.)

Die mit "grüne ratsfraktion" gekennzeichneten Artikel sind Veröffentlichungen der Grünen Ratsfraktion.

# Bedingungsloses Grundeinkommen

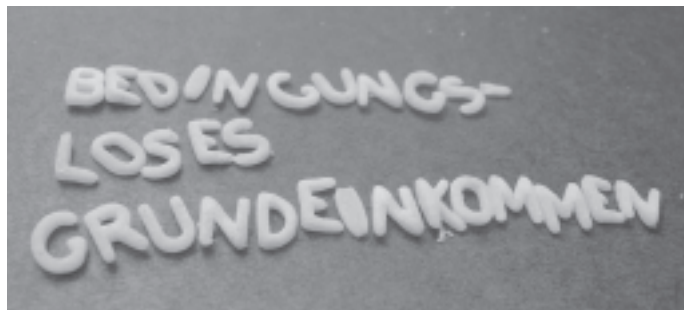
## Alternativlos oder Utopie?

Es klingt fast zu schön, um wahr zu sein: Ein auskömmliches Einkommen für alle Bürgerinnen und Bürger, ohne dafür irgendetwas leisten zu müssen. Spätestens mit dem Buch des erfolgreichen Unternehmers Götz Werner kann man die Idee eines Grundeinkommens für jedermann, und das ohne irgendeine Vorbedingung, nicht mehr so einfach ins Reich der Fantasie abschieben.

Doch geht das überhaupt? Wie kann unsere Wirtschaft, ja unsere Gesellschaft funktionieren, wenn alle ohne zu arbeiten so viel Geld erhalten, dass sie davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können, und zwar auf einem Niveau, das deutlich über dem heutigen Sozialhilfesatz liegt und gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe erlaubt? Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ist per definitionem eine Geldleistung des Staates an jede Bürgerin und jeden Bürger, egal ob arm oder reich, ob krank oder gesund, ob jung oder alt.

Das BGE ersetzt viele der heute existierenden Sozialleistungen und erfordert dabei nur ein Minimum an Bürokratie. Jede Bürgerin und jeder

Bürger kann zu diesem Einkommen weitere Einkünfte erzielen, ohne dass diese ihr oder ihm direkt angerechnet werden. Im Wesentlichen werden dieser Idee zwei Argumente entgegen gehalten: Erstens, so glauben viele, werden die Meisten nicht mehr arbeiten oder bestimmte, unangenehme Tätigkeiten ausführen, wenn die finanzielle Notwendigkeit entfällt.



Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

Zweitens, so glauben noch mehr, können wir uns das überhaupt nicht leisten.

Betrachten wir zunächst den zweiten Einwand: Ein angenommenes monatliches Grundeinkommen von 1.000 € pro Person ergäbe bei rund 80 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik einen jährlichen Finanzbedarf von 960 Milliarden Euro – eine auf den ersten Blick gewaltige Summe, vor allem

verglichen mit dem Bundeshaushalt 2012 von ca. 306 Milliarden Euro. Das Sozialbudget in Deutschland beträgt dagegen ca. 750 Milliarden Euro, wobei die Kosten zur Verwaltung dieses Budgets nicht darin enthalten sind. Wenn man es also schafft, dieses Budget gleichmäßig auf alle Bürgerinnen und Bürger zu verteilen, so kommt man dem Ziel schon deutlich

näher.

Den Rest der Summe erreicht man durch eine Erhöhung der Steuern, wobei es da verschiedene Ansätze gibt, die natürlich vor allem die Besserverdienenden betreffen. Als Gegenleistung erhält man einen hohen sozialen Frieden und damit eine Lebensqualität, die diese Mehraufwände mehr als ausgleichen dürfte. Natürlich wäre auch ein geringeres BGE von ca. 800 €

monatlich als Einstieg denkbar.

Bleibt also noch das erste Argument der fehlenden Arbeitskräfte. Natürlich wird sich die Arbeitswelt dramatisch ändern. Unangenehme oder anstrengende Arbeit wird besser bezahlt werden müssen, da sie sonst keiner mehr macht. Dagegen wird attraktive Arbeit weniger kosten oder gar ehrenamtlich erledigt.

Gerade in der Entkopplung von Arbeit und Bezahlung besteht eine der größten Vorteile des BGE: Jede/r kann im Grunde tun, was ihren oder seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht, ohne sich um ihre oder seine finanziellen Grundbedürfnisse sorgen zu müssen. Und es wird weiterhin genügend Personen geben, die sich nicht mit dem Lebensstandard zufrieden geben, den das BGE ermöglicht. Somit wird es auch zukünftig für die Wirtschaft möglich sein, ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken – womöglich mit einer neuen Gehaltsstruktur.

Bedingungsloses Grundeinkommen muss also keineswegs eine Utopie bleiben, sondern ist vielleicht auf lan-

Die Gaststätte  
für  
„Jung und Alt“!  
Mit Biergarten



Inh. Familie Michael Brandes  
Emsstraße 25  
+ (02504) 6600

- Mo. - Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr
- Mittwochs Ruhetag
- Samstags, Sonntags + Feiertags ab 10.00 Uhr Frühstücken

ge Sicht für eine Gesellschaft, in der materielles Wachstum an Grenzen stößt, der einzige Weg aus einer materiell geprägten Wachstumsspirale. Die meisten maßgeblichen politischen Parteien haben das inzwischen erkannt und setzen sich mit dem BGE bereits ernsthaft auseinander, teilweise in veränderter Form.

Ob und wann es zu einem parteiübergreifenden Konsens kommen kann, denn nur so kann ein solch einschneidendes Konzept umgesetzt werden, hängt nicht zuletzt von der Haltung jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers ab.

p.s.

# Erst stirbt die Biene, dann stirbt der Mensch

## Wiederzulassung von Chlotianidin von März bis Mitte Mai

Chlotianidin ist ein Insektizid, das gegen den Drahtwurm, einen Maisschädling, eingesetzt wurde. Es hat 2008 den Tod von Millionen Bienen verursacht und darf deshalb nur in Sonderfällen mit Ausnahme-genehmigung vom (man/frau beachte:) Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf die Felder gebracht werden.

### Starker Anstieg der Genehmigungen

In den letzten vier Jahren wuchs die Anzahl der Ausnahme-genehmigungen von 59 auf 310 an. „Hier wird den ökonomischen Interessen Einzelner Vorrang vor Umwelt- und Naturschutz gewährt“, kritisiert Carina Weber vom Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN).



Foto: Maja Dumat / pixelio.de

Der genehmigte Einsatz des Giftes bezogen auf die Anzahl der betroffenen Flächen stieg bundesweit von 2010 bis 2011 bei 160 ha von 1.120 kg auf 220 ha mit 1.540 kg an. Als Mitursachen für den Anstieg

der Genehmigungen können der zunehmende Maisanbau und der langjährige Anbau in Monokultur gesehen werden“, so Philipp Minkes von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.

### Imker müssen informiert werden

Wird das Insektizid auf Felder aufgebracht, muß der zuständige Imkerverband informiert werden. Ein vorgeschriebener Sicherheitsabstand der Bienenstöcke von 60 Metern ist einzuhalten. Bienen fliegen jedoch bis zu 10 km weit. Manfred Hederer vom Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerverband dazu: „Wo sol-

len wir denn hin?“

Auf unsere Nachfrage bei der Landwirtschaftskammer Bonn wurde mitgeteilt, dass im Kreis Warendorf bisher keine Anträge gestellt wurden. Ob das in Zukunft auch so bleibt, ist ungewiss.

u.m.

Goldschmiede

Galerie Silber  
Münsterstr. 28 · 48291 Telgte

Anfertigung von Unikaten in Gold und Silber  
Eheringe nach Auftrag  
Umarbeitung alter Schätze  
Reparatur

Jörn Wening

# Marian Husmann

Ihr Kandidat für den Nordkreis

Liebe Bürgerinnen und Bürger, am 13. Mai wird der Landtag von NRW gewählt. Bei dieser Neu-Wahl haben Sie zwei Stimmen. Eine für die Partei Ihres Vertrauens und eine für Ihre Direktkandidatin oder Ihren Direktkandidaten.

Für den Nordkreis Warendorf, also Sassenberg, Beelen, Oelde, Warendorf, Ennigerloh, Everswinkel, Ostbevern und Telgte trete ich für die Grünen als Direktkandidat an. Aus diesem Grund möchte ich mich kurz bei Ihnen vorstellen.

Mein Name ist Marian Husmann. Ich bin 22 Jahre alt und studiere in Münster Rechtswissenschaften. Politisch bin ich seit 2009 im Telgter Rat

für Sie aktiv. Zu meinen persönlichen Schwerpunkten zählen der Öffentliche Personennahverkehr, die Bildungspolitik, BürgerInnenbeteiligung und Transparenz.

Mir als Kommunalpolitiker liegt die solide finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zusätzlich besonders am Herzen. Hier hat die Rot-Grüne Regierung die schwierige Situation der Kommunen unter anderem durch die Erhöhung des Anteils an der Grunderwerbsteuer und das Stärkungspaket Stadtfinanzen verbessert.

Ich möchte weiterhin dafür kämpfen, dass die Schulden der Kommunen nachhaltig abgebaut werden und die Ein-

nahmesituation der Kommunen geordnet wird. Hier muss auch der Bund seine Verantwortung übernehmen und aufhören durch unsinnige Steuersenkungen die Einnahmen der Kommunen zu mindern.

Nur so stehen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung, um auch den Kreis Warendorf zukunftsfähig aufzustellen.

**Dafür bitte ich Sie am 13. Mai um Ihre Stimme. Bitte schenken Sie mir ihr Vertrauen.**



## U3-Plätze: Ausbau mit Nachdruck

Für gleiche Chancen von Anfang an

Die Entwicklung der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren (U3-Ausbau) hat sich unter der rot-grünen Landesregierung erheblich beschleunigt. Im kommenden Kindergartenjahr entstehen 9.100 neue Plätze in Kitas und 7.000 neue Plätze in der Kindertagespflege.

Dies ist der stärkste Anstieg der vergangenen Jahre. Damit sind 26% der Kinder unter drei Jahren mit einem Platz versorgt. Die Zahl der Erzieher/innen und Tagespflegepersonen im U3-Bereich ist um 3.000 erhöht worden.

Darauf wird sich die zukünftige Landesregierung aber nicht

ausruhen können: Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Einjährigen ab 2013 fehlen für das Ausbauziel von 32% noch 27.000 Plätze zum 1. August 2013. Auch darauf wird sich die grüne Landespolitik konzentrieren.

Trotz des gescheiterten Landeshaushaltes hat es Rot-Grün aktuell ermöglicht, dass die geplanten Fördermittel für den U3-Ausbau fließen kön-

nen. Nicht nur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nach wie vor insbesondere für Frauen – ist das eine sinnvolle Investition: Die Kinder selbst profitieren vor allem: Je länger sie eine Kita besuchen, desto besser sind später ihre Bildungschancen und Abschlüsse.

Bei den anderen Parteien muss man mit Versprechungen skeptischer sein: Die CDU moniert zwar jetzt, der

U3-Ausbau gehe zu langsam. Sie hatte jedoch zum Haushalt 2011 die Streichung des U3-Zuschlags, des beitragsfreien Kindergartenjahres und von 160 Millionen Euro Investitionsmittel für den U3-Ausbau beantragt.

Aktuelle Informationen zur grünen Kinder- und Familienpolitik im Internet unter [www.andrea.asch.de](http://www.andrea.asch.de)

k.m.



## Frauenquote - Quotenfrauen

Während auf Bundesebene die Einführung einer Frauenquote umstritten ist, hat die rot/grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der den Anteil der Frauen in Aufsichtsräten bis 2022 auf mindestens 40 % festlegt.

**Blick über den Tellerrand zeigt Handlungsbedarf**

Selbst wenn über Sinn und Unsinn einer solchen Quote in Deutschland noch gestritten wird, werden durch Vergaberichtlinien anderer europäischer Länder deutsche Unternehmen mit Handelsbeschränkungen zu rechnen haben. Länder wie Spanien,

Frankreich, Belgien, Niederlande und Italien schreiben in ihren Vergaberichtlinien bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestanteil von weiblichen Führungskräften vor. „Wenn sich ein deutsches Unternehmen für eine öffentliche Ausschreibung in Spanien bewerben will, hat das nur Erfolg, wenn es die spanische Frauenquote erfüllt.“, so die EU-Justizsenatorin Vivian Reding. Die spanische Frauenquote liegt übrigens bei 40% bis 2015.

**Absichtserklärungen reichen nicht**

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordert die rasche Einführung einer Frauenquote, eine

Selbstverpflichtung der Unternehmen reicht nicht.

Hierzu betont Verena Schäffer, MdL und frauenpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion: „Während die Bundesregierung sich in vagen Absichtserklärungen zur Frauenquote in der Wirtschaft ergeht, die sie im gleichen Moment wieder einstampft, machen wir in NRW Nägel mit Köpfen.“

Übrigens wird die Quote bei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN seit Jahren konsequent umgesetzt. Mindestens die Hälfte aller Listenplätze bei Wahlen wird von Frauen besetzt.

u.m.



# Schulentwicklung in NRW

Kurz regiert – viel passiert



Ministerin Sylvia Löhrmann bei ihrem Besuch in Schüren. (Foto: Mader)

Die forschende Bildungswissenschaft weiß es schon lange und andere Länder haben es schon immer praktiziert: Längeres gemeinsames Lernen. Anstelle der Selektion nach der vierten Grundschulklasse führt prozentual zu höherwertigen Bildungsabschlüssen. Weiterhin hängt in Deutschland der Schulabschluss immer noch zu stark von der sozialen Herkunft ab.

Mit formeller Durchlässigkeit innerhalb eines dreigliedrigen Schulsystems ist es eben nicht getan. Endlich hat die Initiative der Grünen im Landtag unter Schulministerin Sylvia Löhrmann mit der Schulgesetznovelle für mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem gesorgt. Die neue Schulform „Sekundarschule“ unterscheidet sich von der bisherigen Gemeinschaftsschule durch die konzeptionelle Zusammenarbeit mit einem Gymnasium bzw. einem zur Hochschulreife führenden Berufskolleg. Die Zahl bereits 60 genehmigter Se-

kundarschulen in NRW spricht für sich! Kommunen haben das Angebot gut angenommen, ihre Schullandschaft nach regionalen Verhältnissen und dem vorherrschenden Elternwillen selbstständig zu gestalten. Der Schulkonsens steht für die Überwindung ideologischer Barrieren zugunsten eines zukunftsweisenden nur noch zwei- statt dreigliedrigen Schulsystems. Ein weiteres Qualitätskriterium ist die Neuorganisation der Lehrerfortbildung.

Grüne sind von der Ganztagschule überzeugt und das nicht vorrangig aus Betreuungsgründen. Wirkliche Bildung braucht mehr Zeit als sechs Unterrichtsstunden am Vormittag. Chancengleichheit gibt es nur, wenn die Schulen selbst und nicht kostspielige Nachhilfeinstitute für alle gleich zugängliche individuelle Fördermöglichkeiten anbieten.

Hochwertige Bildungsabschlüsse müssen unabhängig

vom Portemonnaie der Eltern erreichbar sein, wenn wir im internationalen Vergleich mithalten wollen! Außerdem sind nicht nur Deutsch und Mathe für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen wichtig, sondern ebenso Kreativität und soziales Miteinander im Lebensraum Schule.

Ein Meilenschritt in Richtung gesellschaftliche Teilhabe ist die jahrgangswise Abschaffung der Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale Entwicklung und Sprachentwicklung. Eltern schwer geistig und körperlich behinderter Kinder können nach sorgfältiger Einzelfallabwägung ab 2013/14 zwischen Förderschule und

## Wahlkampfabschluss in Telgte

Grüner Empfang mit Reiner Priggen (MdL)

am 11. Mai 2012, 19.00 Uhr im Mittelmeerraum  
Bahnhofsstraße 1

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

[www.gruene-telgte.de](http://www.gruene-telgte.de)

Inklusion in das Regelschulsystem wählen.

Besonders Studierende und deren Eltern dürfte die Abschaffung der Studiengebühren gefreut haben. Es war ungerecht, dass ausgerechnet die durch zeitintensive Bachelor- und Masterstudiengänge beanspruchten StudentInnen neben Lebenshaltungskosten auch noch die Studiengebühren aufbringen mussten. Gute Forschung und Lehre müssen durch Landesmittel

finanziert werden. Damit dies auch in Zukunft möglich sein wird, fordern wir Grüne eine gerechtere Steuerpolitik zu Gunsten der Länder, um diesen die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bezug auf Bildung auch in Zukunft auf hohem Niveau ermöglichen zu können.

Damit gute Schule weitergeht: Am 13. Mai mit beiden Stimmen grün wählen!

*g.b.*



WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE  
SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

**KALKHOFF IMPULSE 8C HS**

Die erste und beste Kombination aus  
Mittelmotor und Rücktrittbremse



**Kalkhoff E-BIKE IMPULSE** **LEICHTER FAHREN SCHNELLER STOPPEN**

- Impulse-Mittelmotor 36 V, 250 W mit integrierter Rücktrittbremse
- Li-Ion Akku, Kapazität wählbar: 11 Ah / 396 Wh oder 15 Ah / 540 Wh
- Magura HS11 Hydraulikbremse

WIR LIEFERN IM UMKREIS VON 30 KM

**E-BIKE CENTER** **BOSCH** **Panasonic** **ION** **SPARTA**

Große Auswahl • Beratung • Testfahrten  
Meisterbetrieb • mehr als 15 Jahre Erfahrung



### Kontaktadressen

#### Ortsverband:

Peter Spieker  
Waldweg 27  
48291 Telgte  
Tel. 93 26 10

#### Ratsfraktion:

Sabine Grohnert  
Hasenkamp 45  
48291 Telgte  
Tel. 7 70 96

[www.gruene-telgte.de](http://www.gruene-telgte.de)



**equiValent**  
mit Pferden lernen

Macht Freude.  
Bringt Erfolg.  
Wirkt.

Am Jägerhaus 6  
48291 Telgte  
02504 985 995  
[www.equi-valent.de](http://www.equi-valent.de)

# Erneuerbare verdrängen Atom



Foto: Bettina Schmitte

**Sonne, Wind und Wasser avancieren zu wichtigen Stromerzeugern und könnten bald klimaschädliche Energiequellen ablösen.**

Laut Angaben des Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft lag im letzten Jahr der Anteil der Erneuerbaren Energien beim Stromver-

brauch bei rund 20 Prozent. Damit haben die Erneuerbaren die Atomenergie (17,7 Prozent) überrundet und nehmen jetzt hinter der Braunkohle (24,6 Prozent) den zweiten Platz im Energiemix ein. Die wichtigste Energiequelle für den Ökostrom bleibt die Windkraft mit 7,6

Prozent, gefolgt von Biomasse und Sonnenenergie mit jeweils 5,2 und 3,2 Prozent. Zum Vergleich: Im Vorjahr lag der Ökostrom-Anteil im Energiemix bei 16,4 Prozent.

Technisch gesehen, könnte schon heute mehr Strom durch Erneuerbare Energien erzeugt werden – abhängig ist

dies jedoch von den gegebenen politischen Rahmenbedingungen. Es darf keine Sonderregelungen für Kohlekraftwerke geben, und das Erneuerbaren-Energien-Gesetz sowie der Atomausstieg müssen konsequent umgesetzt werden.

Der steigende Anteil Erneuerbarer Energien in der Stromversorgung zeigt, dass die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Energiewende möglich ist und das Ziel, bis 2020 die Hälfte der Stromversorgung aus Sonne, Wind und Wasser zu gewinnen, erreicht werden kann. Die Entwicklung verdeutlicht zudem, dass

unsere zentrale Forderung, die komplette Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern bis 2050 zu erlangen, machbar ist.

Aber dieser Weg wird nicht konsequent beschritten. In einer gemeinsamen Initiative haben Rösler und Röttgen die Einspeisevergütungen für Photovoltaikanlagen in einer Größenordnung beschnitten, die nicht nur dazu geeignet ist, erst neu entstandene Wirtschaftszweige, sondern auch die Energiewende ernsthaft zu gefährden.

g.k.

# Teilhabe als Leitbild grüner Sozialpolitik

**Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik ist einer der Grundpfeiler im grünen Zukunftsplan. Genderstudien weisen einen hohen biographisch bedingten Benachteiligungsgrad bei Frauen nach.**

Außerdem sagen wir Grünen prekären Beschäftigungsverhältnissen und entwürdigendem Lohndumping den Kampf an. Es gibt Vorschläge für ein Tarifreuegesetz sowie die Begrenzung der Arbeitszeit in Minijobs. Der Zustand, dass 900.000 Menschen nicht einmal grundlegende Lebenshaltungskosten vom Lohn ih-

rer Arbeit finanzieren können und in die (Alters-)Verarmung getrieben werden, muss ein Ende haben. Dieser fortschreitende Negativtrend gefährdet langfristig die Binnenkonjunktur aufgrund einer allgemeinen Schwächung der Kaufkraft.

Eine Humanisierung der Arbeitswelt hinsichtlich der Reduzierung psychischer Belastungen durch Ausbeutung der Arbeitskräfte besonders in Dienstleistungsbereichen sowie eine höhere soziale wie auch monetäre Wertschätzung der Arbeit nichtakademischer Berufsgruppen sind mehr als

überfällig.

Grüne Politik setzt sich im Einklang mit ökologischen Aspekten für nachhaltige Infrastrukturen ein, welche soziale Teilhabe nicht von Armut, Alter, Behinderung und Nationalität abhängig macht. Zum einen müssen die sozialen Versorgungssysteme sich an der individuellen Verantwortung für die Daseinsvorsorge orientieren. Zweitens gilt das Recht auf Selbstbestimmung als grundlegendes Bürgerrecht auch in Situationen der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Auch die wohnortnahe Ge-

sundheitsversorgung muss für Menschen in unterschiedlichsten Bedürfnislagen von gleich hoher Qualität sein.

Besonders im ländlichen Raum sind soziale und kulturelle Teilhabe eng mit Mobilität verknüpft. Menschen ohne die Möglichkeit einer PKW-Nutzung haben Wettbewerbsnachteile, wenn sie zu einer weiter entfernten Arbeitsstelle gelangen müssen. Von daher und natürlich aus Klimaschutzgründen setzt grüne Politik sich für ÖPNV- und fahrradgestützte Mobilitätskonzepte ein.

Es wird entgegen der Vorstel-

lungen von einem patriarchalischen Versorgerstaat ein ausgewogenes Verhältnis zwischen freiheitlicher Selbstbestimmung und einer sozialstaatlich gerechten Gesellschaft angestrebt.

Nicht zuletzt ist eine in der KITA beginnende Biographie Grundlage gesellschaftlicher Chancengerechtigkeit. Alle Schulabgänger erhalten konzeptionelle Begleitung beim Übergang ins Berufsleben. Das Betreuungsgeld wirkt kontraproduktiv auf den Ausbau der Ü3-Betreuung und wird dem modernen Leitbild der Familie aus zwei gleichgestellten Partnern nicht gerecht.

Die Umsetzung der Inklusion behinderter Menschen beschränkt sich nicht nur auf den Bereich Schule, sondern auch auf andere wie Gesundheitswesen, Arbeitswelt und Zusammenleben in Wohnvierteln.

g.b.

**Photovoltaik**  
Ein **Geschenk** des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die **Sonne**.

(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet).

Sprechen Sie mit uns - kostenlose Beratung vor Ort

Mail: info@heinz-rickhoff.de

**elektrotechnik**

**Heinz Rickhoff**  
Königstr.7 48291 Telgte  
Tel. 02504/1709  
Fax 02504/72826  
www.heinz-rickhoff.de

**ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!**

Wir restaurieren für Sie:  
Fachwerk, Gauben, Dachstühle  
Alles was zu einem betagten Haus gehört!

Wir bauen und entwerfen für Sie:  
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,  
und vieles mehr, fragen Sie uns

Zimmerei • Restaurierung  
**KLAAS STIEGEMEIER • OEHLEN**  
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

## HELLA BONK

Lust auf Steine ...  
echten Steinschmuck ...  
schöne Perlen ...

Ausgesuchte Qualität zu günstigen Preisen!  
Ich freue mich auf Ihren Besuch!

Emsstraße 3 · 48291 Telgte · Telefon (02504) 3326

# Religio eröffnet

## Vom Westfälischen Heimatmuseum zum Museum für religiöse Kultur

Das „Una voce poco fa“ aus Rossinis „Barbier von Sevilla“, auf der Klarinette von Lulzim Bucalieu, am Flügel von Risa Adachi intoniert, klingt heiter, beschwingt, leicht verspielt: Ein gutes Omen für die Wiedereröffnung des Westfälischen Heimatmuseums unter neuem Namen: „Religio“.

„Hält der Estrich? Kommen die Handwerker zur vereinbarten Zeit?“ Solche Fragen, so Landrat Dr. Olaf Gericke in seiner Begrüßungsansprache, waren für die Museumsleiter Dr. Thomas Ostendorf und Dr. Anja Schöne - „Das Museum Religio ist Ihr Baby; fast zehn Jahre gingen sie mit ihm schwanger.“ - in den letzten Monaten elementar. Bis um 4 Uhr in der Frühe des 28. April arbeiteten sie, damit die geladenen Gäste auch das Werk gleich in Augenschein nehmen konnten.

Das Motto der diesjährigen Wallfahrt: „Sagt den Verzagten: habt Mut!“ schien die Verantwortlichen beflügelt zu haben. „Blaudruck; Uhrmacherei, reines Krippenmuseum“: Das war einmal. „Westfälisches Museum für religiöse Kultur“ ist nicht nur ein neuer Name, sondern Programm. Das merkt man bereits an der Vielfalt der Gäste. Neben mir sitzt ein Gesandter der Münsterschen Synagogengemeinde nebst seiner Gattin - aus Kolumbien.

Vor dem gemeinsamen Umtrunk spreche ich mit Wat Dhammabharami von der buddhistischen Gemeinde Dortmund. Im Museum sind Symbole des muslimischen Glaubens zu sehen sowie die von Paul Böhm (dem Enkel des Architekten des Telgter Heimatmuseumsanbaus aus

Aussagen gedeutet werden: Religio präsentiert sie. Das Hungertuch von 1623 hat mit dem Anbau (Architekt Dieter Baumewerd) einen gebührenden Platz gefunden. Es wird zusätzlich in einem Video den Besucher/innen durch Erklärungen der Symbole nahegebracht.

Markus Schabel, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Münsterland - Ost, spricht vom ökonomischen Hintergrund, den die Errichtung/Ausstattung einer Kulturstätte benötigt: Mit den 750.000€ der Sparkasse waren mehr als

wohl. Unser Unternehmen ist zukunftsfähig. Für die Gestaltung der Zukunft steht auch ein Museum.“

Die NRW-Stiftung für Natur und Kultur steuerte 280.000 € bei. Prof. Stichmann, seit 20 Jahren im Vorstand der Stiftung, betonte, dass sie Mitte der neunziger Jahre bereits 2,7 Mill. für den Bau des Krippenmuseums bereitgestellt habe. Dass das Thema Glaubenslandschaft im Vordergrund und viel ehrenamtliche Arbeit hinter dem Umbau stehe, sei ein wichtiger Maßstab für die Mittelgewährung



Foto: Tatjana Scharfe

die Planungskosten finanziert. „Wir geben das Geld an die Menschen, wo wir es verdienen.“ sagt er in einer Talkrunde mit Frank Haberstroh, dem

gewesen.

Der Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen - Lippe ist stolz, ca. 100 Mitglieder der Landschaftsverbandes

Westfalen - sowie private Spender haben 120.000 € zu Restaurierungsarbeiten beige-steuert.

Der Bürgermeister hebt die Bedeutung des Eröffnungstages für das Museum mit Fragen nach der Sinnhaftigkeit von Geldausgaben in Millionenhöhe für Kulturprojekte hervor: „Passt das in einen globalen Kontext, der uns konfrontiert mit mehr als fünf Millionen Kindern, die jährlich an Hunger sterben; mit täglich Hunderten von Opfern religiös oder pseudoreligiös motivierter Kriege; mit der Klimakatastrophe, die sich kontinuierlich verschärft? - Mit dem Museum“, so seine Aussage, „besinnen und konzentrieren wir uns darauf, wie die Fragen der Menschen nach dem Sinn ihrer Existenz hier beantwortet, in ihren Alltag getragen werden, sich in ihren Riten äußern.“

Ca. 100.000 Menschen kommen pro Jahr nach Telgte, um die Nähe zu Gott wahrzunehmen. Dieses Kompetenzzentrum für religiöse Fragen kommt zur rechten Zeit - an die richtige Stelle“, betont Wolfgang Pieper und ergänzt: „Es möge ein offenes Haus ein - was die Öffnungszeiten und die inhaltliche Gestaltung betrifft; ein nachgefragtes Haus, ein Haus mit Bindungswirkung für die, die einkehren, ein Haus der Toleranz und gegenseitigen Wertschätzung für das, was uns wichtig ist.“

Weihbischof Dr. Stefan Zerkorn: „Religion ist kein Fall für's Museum. Der Glaube ist ein Fall für's Leben. ‚Religio‘ heißt Rückbindung des Menschen im Glauben an Gott als Wurzel des Daseins und Ziel für die Welt. Das Museum trägt dazu bei, Ausdrucksweisen des Glaubens kennen zu lernen. Zum Erleben des Glaubens kann man in die Gnadenkapelle gehen.“

„Was musste Herr Dr. Ostendorf heute Nacht noch tun, als Sie um halb zwei gingen?“ fragt Frank Haberstroh Dr. Anja Schöne. Ein letztes Exponat platzieren: ein Postkartenbuch. Gefragt, wie sie sich fühle nach „zehn Jahren

Schwangerschaft mit dem Museum Religio“, antwortet sie: „Ambivalent. Die Tatsache ‚Jetzt ist alles fertig‘ macht mich stolz und zufrieden. Die Frage ‚Was kommt jetzt?‘ beunruhigt.“ Der Museumsleiter musste die Einsatzbereitschaft der 150 - 200 Menschen, die als Handwerker, Berater, Medienvertreter... am Gelingen des Gesamtwerkes beteiligt waren, gelegentlich bremsen: „Am Karfreitag bitte nicht arbeiten. Das ist ein christliches Museum.“

b.d.



Inhaber: Martin König  
Grabenstr. 1, Tel 77119  
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13  
www.fahrrad-koenig.de

bioladen\*

April-Aktion 2012

Fair geht vor.

Ein Cent pro verkaufter **bioladen\***fair-Banane kommt ohne Abzüge den Schul- und Kindergarten-Kindern von Azua de Compostela (Dominikanische Republik) zugute.

KORNBLUME  
NATURKOSTMARKT

Telgte, Schleifsteige 15 - 17  
Telefon 0 25 04/ 15 65  
durchgehend geöffnet

mindermann  
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann  
Dipl.Ing für Augenoptik

Baßfeld 12 48291 Telgte  
Fon 0 25 04 - 50 50  
www.mindermann-augenoptik.de

## Grüne Welle - Telgtes grüner Newsletter

Jede Woche aktuell und auf den Punkt! Kostenlos per E-Mail.  
Anmeldung jetzt unter [gruenewelle@gruene-telgte.de](mailto:gruenewelle@gruene-telgte.de)



dem Jahre 1936) neu errichtete Moschee in Köln-Ehrenfeld...als Modell.

Auch Bekenntnisse von Fußballfans können als religiöse

leitenden Redakteur von Radio WAF. „Wo die innere Motivation von Menschen durch einen „Leuchtturm“ wie das Museum eine äußere Entsprechung findet, fühlen sie sich

bandsversammlung überzeugt zu haben, dass sie 700.000 € an Zuschuss bewilligten. Das Land Nordrhein Westfalen, der Landschaftsverband - „Herr über 100 Museen“ in

# Fußball-Europameisterschaft 2012



## Vorrunde

8. Juni bis 1. Juli 2012

### Gruppe A

- 8.6. 18.00 Uhr - Warschau  
Polen - Griechenland
- 8.6. 20.45 Uhr - Breslau  
Russland - Tschechien
- 12.6. 18.00 Uhr - Breslau  
Griechenland - Tschechien
- 12.6. 20.45 Uhr - Warschau  
Polen - Russland
- 16.6. 20.45 Uhr - Warschau  
Griechenland - Russland
- 16.6. 20.45 Uhr - Breslau  
Tschechien - Polen

### Gruppe B

- 9.6. 18.00 Uhr - Charkow  
Niederlande - Dänemark
- 9.6. 20.45 Uhr - Lemberg  
Deutschland - Portugal
- 13.6. 18.00 Uhr - Lemberg  
Dänemark - Portugal
- 13.6. 20.45 Uhr - Charkow  
Niederlande - Deutschland
- 17.6. 20.45 Uhr - Charkow  
Portugal - Niederlande
- 17.6. 20.45 Uhr - Lemberg  
Dänemark - Deutschland

### Gruppe C

- 10.6. 18.00 Uhr - Danzig  
Spanien - Italien
- 10.6. 20.45 Uhr - Posen  
Irland - Kroatien
- 14.6. 18.00 Uhr - Posen  
Italien - Kroatien
- 14.6. 20.45 Uhr - Danzig  
Spanien - Irland
- 18.6. 20.45 Uhr - Danzig  
Kroatien - Spanien
- 18.6. 20.45 Uhr - Posen  
Italien - Irland

### Gruppe D

- 11.6. 18.00 Uhr - Donezk  
Frankreich - England
- 11.6. 20.45 Uhr - Kiew  
Ukraine - Schweden
- 15.6. 18.00 Uhr - Donezk  
Ukraine - Frankreich
- 15.6. 20.45 Uhr - Kiew  
Schweden - England
- 19.6. 20.45 Uhr - Kiew  
Schweden - Frankreich
- 19.6. 20.45 Uhr - Donezk  
England - Ukraine

### Viertelfinale

21.6. 20.45 Uhr - Warschau

### Viertelfinale

22.6. 20.45 Uhr - Danzig

### Viertelfinale

23.6. 20.45 Uhr - Donezk

24.6. 20.45 Uhr - Kiew

### Halbfinale

27.6. - 20.45 Uhr Donezk

28.6. 20.45 Uhr Warschau

### Finale

1.7. - 20.45 Uhr Kiew

# Menschenrechte müssen mitspielen!

Selten steht der Sport so im politischen Fokus wie derzeit. Und diesmal ist er nicht Lückenfüller der sommerlichen „Saure-Gurken-Zeit“, sondern es geht um die drängende Frage: Wie umgehen mit sportlichen Großereignissen in Ländern mit autoritären Regimen? Aktuellstes Beispiel ist die Frage des politischen Umgangs mit der kommenden Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine. Der Umgang mit der inhaftierten ehemaligen Regierungschefin und Oppositionsführerin Julija Timoschenko schlägt im Vorfeld der Euro hohe Wellen: Sollen deutsche PolitikerInnen an Spielen in der Ukraine teilnehmen? Sollte man gar zu einem sportlichen Boykott aufrufen?

Beispiele für die mangelhafte Auseinandersetzung der großen Sportverbände mit ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung gibt es leider zur Genüge. Ob ein Formel-1-Rennen in Bahrain, die Eishockey-WM 2014 in Belarus oder eben die EM in

der Ukraine. Sportliche Großereignisse bieten seit jeher nicht nur eine Bühne für herausragende sportliche Leistungen und die AthletInnen, die sie vollbringen. Sie sind auch immer wieder Propagandashow für undemokratische Regime, die den massenbegeisterten Sport für die Darstellung des eigenen Regimes nutzen und ein positives Image ihres Landes in die Welt tragen wollen. Und der organisierte Sport tut sich nach wie vor schwer im Umgang mit dieser Herausforderung. Zumeist verstecken sich Verantwortliche und SportlerInnen hinter dem Mythos des unpolitischen Sports. Dabei können derart große Ereignisse mit einem derart großen medialen Zuspruch, wie es die Rennen der Formel 1, Fußballweltmeisterschaften oder Olympische Spiele sind, die politische Dimension ihrer bloßen Anwesenheit gar nicht ausblenden. Wer große Sportveranstaltungen in Ländern mit zweifelhafter Haltung gegenüber Menschenrechten und der eigenen Bevölkerung

abhält, gibt den Regimen Gelegenheit, sich einer Weltöffentlichkeit zu präsentieren und ein ihnen genehmes Bild ihres Landes zu präsentieren.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob es Aufgabe des Sports ist, Probleme internationaler Politik zu lösen oder sie sich zu eigen zu machen. Einfach wegzuschauen und sich darauf zurückzuziehen, dass Sport nur Sport und eben keine Politik ist, ist aber definitiv zu einfach. Die großen Verbände werden nicht müde, ihre gesellschaftspolitische

Bedeutung zu betonen - und das zu Recht. Der organisierte Sport ist ein wichtiger Träger der Zivilgesellschaft und Kitt zwischen den unterschiedlichsten Menschen. Das bringt aber auch eine gesellschaftliche Verantwortung mit sich, der die Sportverbände endlich auch in Fragen von Menschen- und Bürgerrechten gerecht werden müssen. Chancen dazu bieten sich in nächster Zeit genug: Die Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine, die Eishockeyweltmeisterschaft in Belarus und nicht zuletzt die Fußballwelt-

meisterschaft in Katar. Es geht dabei nicht um sportliche Boykotte. Dieses Kapitel falsch verstandener Politisierung und Instrumentalisierung des Sports sollte hinter uns liegen. Aber es geht darum, die öffentliche Aufmerksamkeit zu nutzen, um auch auf die politischen und gesellschaftlichen Missstände aufmerksam zu machen. Ein mündiger Sport mit mündigen SportlerInnen kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

joesfine paul

Jetzt neu: digitaldruck in telgte

nur „bunt“ ist uns nicht bunt genug!

manchmal können wir aber auch grün

druckundmehr GmbH

weitere Informationen  
www.druckundmehr.com  
Oder scannen Sie unseren QR-Code:

• EINGLADUNGS- WERBE- POSTKARTEN • FLIER • PROSPEKTE • PLAKATE • MAILINGS  
• BROSCHÜREN/ZEITSCHRIFTEN • AUFKLEBER • PROOFS (FARBBLICHE DRUCKABSTIMMUNG)

druckundmehr GmbH • Bahnhofstraße 10 • 48291 Telgte  
FON 02504-739580 • MAIL info@druckundmehr.com • WEB www.druckundmehr.com

www.AkkordeonSpielerin.de

Anne-Marie Grage

Handgeleitet • Mundgeleitet • Tastenbetrieben

www.AkkordeonSpielerin.de  
MAIL: 02337-9720869





## Kleine Kolumne

### Warum Rot und GRÜN sich in NRW bewährt haben

Direkt nach der Auflösung des Landtags vor wenigen Wochen schien es ziemlich klar, dass SPD und GRÜNE bei den Landtagswahlen eine stabile Mehrheit würden bilden können. Der Trend der letzten Tage zeigt allerdings, dass das noch längst nicht klar ist.

Aus dem Blickwinkel als Bürgermeister müsste ich sagen, dass es mir eigentlich gleichgültig ist, welche Mehrheit zustande kommt, wenn sie nur eine kommunalfreundliche Politik macht. Aus der Erfahrung mit der rot-grünen Landesregierung von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann in den letzten zwei Jahren und im direkten Vergleich mit Schwarz-Gelb in den fünf Jahren davor kann und muss ich allerdings feststellen, dass für die Städte und Gemeinden im Lande viel Positives geschehen ist.

Das beginnt mit der „Kultur“ des Regierens und des Umgangs miteinander und mit den anderen Landtagsfraktionen: Aus der Minderheitenposition heraus war es notwendig, zu reden, zuzuhören, Kompromisse zu finden, Mehrheiten zu suchen. Das war kein „Durchregieren“ von oben, sondern ein dialog- und sachorientiertes Suchen nach guten Lösungen.

Das geht weiter mit einer ganz neuen Orientierung auf die Kommunen, mit der Schaffung von Gestaltungsspielräumen, und mit der Rücknahme der von Schwarz-Gelb zuvor eingeführten Befrachtungen im Gemeindefinanzausgleich. Natürlich wird aus der ländlichen Sicht die Umlenkung von Finanzmitteln in die Ballungsräume kritisiert – diese Kritik habe ich in Düsseldorf auch vorgetra-

gen. Aber strukturell und in der Summe fließen heute höhere Mittel in die kommunalen Haushalte.

Und das war beispielsweise erkennbar im sogenannten Schulkonsens von SPD, CDU und GRÜNEN: In dem Moment, als dieser Konsens auf Landesebene verbindlich für die Zeit bis 2023 vereinbart war, war vor Ort wieder die Bereitschaft spürbar, Schulpolitik auf die Sache zurückzuführen, auf möglichst gute Rahmenbedingungen für Schule, auf die Bildungswege jedes einzelnen Kindes. Das ist wohltuend, und genau so stelle ich mir eine unterstützende Landespolitik vor.

Rot und GRÜN in NRW haben sich in den letzten zwei Jahren in vielerlei Hinsicht bewährt – und deshalb würde ich mich über eine Fortsetzung der Regierung Kraft-Löhrmann freuen.

Ihr wolfgang pieper

# Solar statt Solala

Die Bundesregierung hat durch die beschlossenen Kürzungen der Einspeisevergütungen für Solaranlagen ihre Inkonsequenz bei der Energiewende deutlich gemacht. Grüne Politik sieht anders aus. Sie steht für einen schnellen Ausbau sowohl der alternativen Energieerzeugung als auch der Stromnetze. Denn diese drohen mittlerweile zum „Flaschenhals der Energiewende“ zu werden, wie es der grüne NRW Umweltminister Rommel ausdrückt.

Die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger um eine Verschandelung der Landschaft bei einem beschleunigten Stromnetzausbau nehmen die Grünen ernst. Wir machen uns stark für verträgliche Lösungen, wie zum Beispiel Erdverkabelungen und den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien. Und das nicht nur im Norden Deutschlands, sondern auch dezentral, dort, wo die Energie gebraucht wird.

Gleichzeitig müssen die Speichermöglichkeiten verbessert werden, um die Unregelmäßigkeiten der Stromversorgung, die durch erneuerbare Energien natürlicherweise gegeben sind, abzufangen. Netz-, Speicher- und Anlagenausbau geht aber auch nicht mit dem Kopf durch die Wand. Die Bedürfnisse von

Menschen und der Umwelt müssen beachtet werden. Denn schließlich sollen die erneuerbaren Energien zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität aller beitragen und nicht einzelne Menschen im Regen stehen lassen.

Ansätze wie das „Repowering“, also der Austausch von veralteten Windenergieanlagen durch effizientere, führen zu keiner weiteren Belastung, jedoch zu einem höheren Energieertrag.

All diese Themen und Ansätze sind nicht neu, und die Landesregierung von 2010 bis 2012 konnte schon wichtige Erfolge verzeichnen: Im Juni 2011 wurde das Klimaschutzgesetz verabschiedet, das eine Senkung der Emissionen von Treibhausgasen um 25% bis 2020 vorsieht. Zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels wurde im Oktober 2011 das „Klimaschutz-Start-Programm“ verabschiedet, das mehrere hundert Millionen Euro an Fördergeldern und Krediten für eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bereithält.

Ein neuer Windenergie-Erlass, der eine Vervielfachung des Windenergieanteils auf 15% des gesamten Strombedarfs in NRW bis 2020 vorsieht, wurde genauso

beschlossen, wie ein Impulsprogramm für die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Durch KWK können laut einer Studie die CO<sub>2</sub>-Emissionen wie auch der Ressourcenverbrauch um rund 35% reduziert werden. Eine solche Technologie kann aus Sicht der Grünen einen erheblichen Beitrag zur Energiewende leisten.

Besondere Aufgabe bleibt der Ausstieg aus der Atomkraft. Während öffentlich nicht mehr darüber debattiert wird und die Bundesregierung das Projekt Atomausstieg abgehakt hat, muss ein klares „Nein“ zur Atomkraft weitere Konsequenzen nach sich ziehen: In Gronau wird weiter Uran angereichert und exportiert, wodurch die Atomenergie in Europa am Leben gehalten wird. Wir wollen den Betrieb dieser Anlage rechtsicher beenden und somit einen weiteren Schritt in Richtung atomfreien Stroms gehen. Grün geht also weiter. Auch in der Energiepolitik.

j.h.





- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif      Tel.: (02582) 9022 16  
 Kamenzstraße 8      Fax: (02582) 9021 65  
 48351 Everswinkel      www.solar-konzept.net

**Röwekamp & Stumpe GbR**

## Tischlerei HANS STUMPE



www.tischlerei-stumpe.de  
 Telefon 0 25 82 - 66 88 23





Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.  
 Voßhof 10  
 48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: [post@urlaub-und-pflege.de](mailto:post@urlaub-und-pflege.de)  
 Home: [www.urlaub-und-pflege.de](http://www.urlaub-und-pflege.de)

# Thema „Massentierhaltung“

Schwerpunkt: Gewerbliche Landwirtschaft

**Einen erheblichen Anteil an der Industrialisierung der Fleischproduktion und damit an den negativen Auswüchsen der Intensivtierhaltung hat die sogenannte gewerbliche Landwirtschaft.**

Im Unterschied zur traditionellen, bäuerlichen Landwirtschaft gilt für die gewerbliche Landwirtschaft kein beschränkender Zusammenhang zwischen der Flächengröße des Betriebes und der Tierbestandsgröße. Den Nachteil

wegfallender steuerlicher Vergünstigungen gleichen diese Betriebe durch ihre Größe und effiziente Abläufe wieder aus. Dabei verstärken sie die Abwärtsspirale einer möglichst kostengünstigen Fleischproduktion.

Die bäuerlichen Betriebe können in diesem Preiskampf oft nicht bestehen und müssen entweder ebenfalls wachsen oder ihre Betriebe aufgeben. Fatalerweise haben die betroffenen Kommunen in diesem

„Spiel“ keinen Gestaltungsspielraum, da die Genehmigung landwirtschaftlicher Anlagen im Außenbereich generell vom Kreis zu erteilen sind, sofern diese nicht aufgrund ihrer Größe ein Bundesimmisionschutzverfahren sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen müssen.

Für die Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens seitens der Kommune liegt in der Regel kein rechtmäßiger

Grund vor. Ein wichtiges Anliegen der grünen Landtagsabgeordneten ist daher eine Änderung des Baugesetzbuches dahingehend, gewerblichen Betrieben diese Privilegierung zu entziehen und damit die bäuerlichen Strukturen in der Landwirtschaft zu stärken und industrielle Großbetriebe zur Fleischproduktion von Investoren zu unterbinden.

Die grünen Landwirtschaftsminister von Nordrhein-West-

falen und Rheinland-Pfalz haben angekündigt, im Rahmen der geplanten Gesetzesnovelle eine Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Tierhaltungsanlagen im Außenbereich einzubringen.

p.s.

## Haushaltsrede von Sabine Grohnert im Rat der Stadt Telgte am 29. März 2012

*Liebe Telgterinnen und Telgter,*

Ich bin froh, dass ich und auch die Vorsitzenden der anderen Fraktionen heute zu Ihnen sprechen können. Denn, wie Sie sicher auch, erinnere ich mich mit Unbehagen an die Situation im vergangenen Jahr, in dem uns die Aufstellung des Haushaltes glatt die Sprache verschlagen hat, so dass wir auf die Haushaltsreden im Rat verzichtet haben.

Dank der guten Arbeit von Telgter Unternehmen sieht es in diesem Jahr anders aus. Können wir deshalb aus dem Vollen schöpfen? - Leider NEIN! Denn von einem ausgeglichenen Haushalt sind wir noch weit entfernt. Trotz der derzeitigen guten Wirtschaftslage decken die Einnahmen die Ausgaben nicht. Im Gegenteil, wir beschließen auch gleichzeitig eine der höchsten Neuverschuldungen seit vielen Jahren. Über 2 Mio. Euro werden wir zusätzlich aufnehmen müssen. Also was tun? Kopf in den Sand und kein Geld mehr ausgeben? Das wäre sicher die günstigste, aber auch schlechteste Variante. Wir haben in den Haushalt die Mittel eingestellt, die wir für nötig und vernünftig halten. Der Haushaltsplan für 2012 ist ein guter und ambitionierter Plan.

Wir werden weiter daran arbeiten, drängende Probleme zu lösen, vor allem was die

Schulen und das Feuerwehrgerätehaus betrifft. Mit der Sekundarschule wird es auch künftig möglich sein, alle Schulabschlüsse für unsere Kinder und Jugendlichen in Telgte anzubieten. Hier müssen die Eltern natürlich noch das gute Konzept mit Leben füllen und ihre Kinder anmelden. Die freiwillige Feuerwehr hat endlich eine Perspektive, räumliche und technische Voraussetzungen zu bekommen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft. Es gibt Entwicklungen, die wir nicht einfach abwarten, sondern beeinflussen und gestalten wollen, zur Sicherung und Entwicklung unserer lebens- und lebenswerten Stadt. Weder das integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept Altstadt/Orkotten, noch der Demografieprozess sind Allheilmittel. Aber sie sind der Versuch, komplexe Veränderungen in ihren Zusammenhängen zu verstehen und frühzeitig darauf zu reagieren. Es gibt einen gemeinsamen Blick, dass Erhalt und Belebung der Innenstadt behutsamer Planung bedarf und nicht allein den Allüren des Marktes überlassen werden kann. All diese Prozesse kosten eine Menge Anstrengung für alle Beteiligten.

Auch den Herausforderungen einer globalisierten Welt stellt sich Telgte nicht. Hier gibt es viele gute Ansätze, wie



z. B. den European Energy Award und wir sind Fair-Trade-Stadt geworden.

Ein Handlungsfeld, auch des Rates, wird in den erneuerbaren Energien liegen. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft wird kommen. Und auch da werden wir in Telgte nicht danebenstehen und zusehen. Wir werden erstens unseren Beitrag leisten und wir werden zweitens zusehen, dass wir auch etwas abbekommen. Auch hier ist es wichtig, dass wir, wohl besonnen, aber dennoch schnell reagieren. Rund um uns stehen Investorinnen und Investoren und scharren mit den Hufen, um an den Möglichkeiten zur Energieerzeugung, die eine ländliche Stadt bietet, zu verdienen. Die Aufgabe des Rates wird darin bestehen, dieses Geld in Telgte zu behalten. Wir müssen in einem gesteuerten Prozess durch Gespräche und die Schaffung planerischer

Grundlagen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Investorinnen und Investoren die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind, damit diese daran verdienen und damit die Gewerbesteuer in vollem Umfang unserer Stadt zugute kommt.

Im Finanzausschuss haben wir zum Teil hart aber immer am Thema diskutiert. Ich verhehle nicht, dass ich nicht mit allen Resultaten glücklich bin. Auch hätten wir in den Verhandlungen gern eine Mehrheit für die Renovierung der Mühle gefunden, um die Räume für eine angemessene Jugendarbeit umzugestalten. Auch die Einleitung eines Mobilitätskonzepts hätte unter anderem neue Perspektiven für die Verbindung Telgtes zum Oberzentrum Münster eröffnen können. Teil einer Vision - Klimaschutz ist heute und lokal.

Der Haushalt 2012 legt das Fundament für die wichtigen Prozesse, die wir uns zusammen vorgenommen haben und die wir zusammen weiterführen wollen. Dies mit einer großen Mehrheit zu tun, ist das beste Versprechen an unsere Bürgerinnen und Bürger, 2012 zu einem Arbeitsjahr zu machen, in dem Weichen gestellt und wichtige Vorgänge auf den Weg gebracht werden.

Darum werden wir dem Haushalt zustimmen.

Vielen Dank

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte  
**FAHRRÄDER 2012**  
 GREENS - Westminster  
 3-Gang Nabendynamo **399,- €**

Kommen Sie zur Probefahrt - Wir beraten Sie gern und unverbindlich!  
**Service und Reparatur**  
 Für uns selbstverständlich  
 Glas - Porzellan - Fahrräder  
**VOGT**  
 48291 Telgte - Ritterstraße 47  
 gegenüber der Feuerwehr  
 Tel. 02504/2196 - Fax 02504/77377  
 Öffnungszeiten  
 Tägl. 9-13 u. 14.30-18 Uhr, So. 9-13 Uhr  
 Montagschließung geschlossen.

### Termine

Dienstag 8. Mai  
**Lebensmittelverschwendung**  
**Dr. Hans-Christian Markert; MdL**  
 Telgte, Markt, 14 Uhr

Freitag, 11. Mai  
**Empfang zur Wahl**  
**Rainer Priggen, MdL,**  
**Fraktionssprecher**  
 Telgte, "Mittelmeeerraum",  
 Bahnhofstraße 1, 19 Uhr

Samstag, 12. Mai  
**Grün macht den Unterschied**  
 Syliva Löhrmann und Claudia Roth;  
 Münster, Prinzipalmarkt, 16  
 bis 17.30 Uhr

Sonntag, 13. Mai  
**Landtagswahl**

Weitere Infos auf:  
[www.gruene-telgte.de](http://www.gruene-telgte.de)



# Mobilität neu denken – Alternativen zum motorisierten Individualverkehr

## Ein Abend mit Thomas Lins vom VCD, Verkehrsclub Deutschland

**Was bringt den deutschen Michel eher auf die Palme als eine Revolution oder eine Naturkatastrophe: Richtig! Hohe Benzinpreise. Anlass dazu hat er eigentlich nicht. Musste Otto Normalverbraucher im Jahre 1960 zehn Minuten für einen Liter Benzin arbeiten, waren es 1980 fünf, in 2011 nur noch 4 Minuten.**

Thomas Lins, Vorstandsmitglied des VCD, Region Münster – Warendorf, warf bei einem Informationsabend Schlaglichter auf die Frage von Mobilität angesichts steigender Umweltbelastungen und größerer Verkehrsdichte:

Die PS-Zahl der in Deutschland verkauften Neuwagen hat in den letzten Jahren um 25 % zugenommen. 300.000 vor PS protzende SUV-Fahrzeuge sind in diesem unseren Lande 2011 zugelassen worden: Als wäre jeder zehnte Deutsche ein Förster, der ein geländegängiges Fahrzeug benötigt.

Die Umweltgipfel der vergangenen Jahre wie auch Beschlüsse der Bundesregierung haben ehrgeizige Ziele proklamiert, z. B. eine Reduktion des CO<sup>2</sup> - Ausstoßes bis 2050 um 80 Prozent. Das wären statt 1032 Millionen Tonnen nur noch 206 Millionen t CO<sup>2</sup> pro Jahr. Frage: Wann fangen wir an das ernst zu nehmen? In 2011 wurden weltweit 5 % mehr (!!!) emittiert als 2010.

Und die öffentliche Verantwortung? Man glaubt es kaum: 60% der neu zugelassenen Fahrzeuge sind Firmen- und Dienstwagen! Sie fallen unter das Privileg steuerlicher Absetzbarkeit von Fahrtkosten. Hier werden also fleißig PS-starke Fahrzeuge gekauft, zum Arbeitsplatzstatus gehört der - auch privat genutzte - Dienstwagen dazu, und der Steuerzahler finanziert die Abschreibungsmöglichkeiten für gut Verdienende munter mit. Umweltschutz in Perversion durch Steuerrege-

Die Bahn muss das Rückgrat der Verkehrsbewegungen werden. Der Busverkehr leistet Zubringerdienste, so Thomas Lins. Seit die Nordwestbahn die Zugverbindungen betreibt, ist die Zahl der Fahrgäste auf der Strecke Münster - Warendorf - Beelen (RB 406) von 1.200 auf 2.400 gestiegen. Die Nordwestbahn hat auf der Strecke des „Warendorfers“ die Fahrzeitangebote auf den Sonntagmorgen erweitert; an Samstagabenden kann ich um 0.17 Uhr von Münster zurück nach Telgte

übergängen, den Bau von Ersatzstraßen entlang der Bahn vor allem für die Landwirte, die schnellere Fahrzeit erreicht werden. Dies auch zur Freude der Anlieger, die derzeit bis zu fünfhundert Mal am Tag ein 120 Dezibel lautes Signal vernehmen, das querende Auto- und Fahrradfahrer vor dem herannahenden Zug an zahlreichen Bahnübergängen warnt. Wo es weniger Übergänge gibt, ist der Zug schneller.

Wenn die Bahn „das Rückgrat“ ist, sollten Busse die



Foto: Tatjana Scharfe

lungen, die die Erzeugung von Klimakillern begünstigen. Die Dienstwagenvergütung muss dringend geändert werden! Außerdem ist die Umweltbelastung durch Autos acht mal höher als die durch die Bahn, die Wahrscheinlichkeit, bei einem Unfall verletzt zu werden, erheblich höher.

Was ist zu tun, besonders im ländlichen Raum?

fahren; aus Warendorf fährt der letzte Zug um 23.42 Uhr nach Münster. Ließe sich die Fahrzeit Warendorf - Telgte von 17 auf 14 Minuten verkürzen, könnten Züge im Halbstunden-Takt fahren. Das würde die Attraktivität der Nutzung fraglos erhöhen. Die Aussichten dafür stehen nicht schlecht: Bis 2015 soll durch Zusammenlegung von Bahn-

Schleifen fahren, die die Einwohner/innen aus den Wohnvierteln an die Schiene bringen. Solche Zubringerdienste erhöhen die Nutzung des ÖPNV. Auch Wohnungsbau in Bahnhofsnähe führt zu verstärkter Bahnnutzung. Das entspricht dem Vorschlag des IHEK-Gutachtens für Orkotten-West: Ginge es danach, könnten Dienstleistung und

**KÖNIG**  
Inhaber: Martin König  
Grabenstr. 1, Tel 77119  
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13  
www.fahrrad-koenig.de

Wohnen entstehen, wo heute großflächiger Einzelhandel sich breit gemacht hat.

Soll der ÖPNV kostenlos sein? Der VCD sagt: Nein. Mobilität ist ein Gut, das nicht verschleudert werden darf. Einfache Tarife, günstige Zugänge werden gebraucht. Und der Fahrgast darf anteilmäßig nicht mehr für die Fahrt und das Betreiben des Bahn- und Busverkehrs bezahlen als der Autofahrer für die Straßen und deren Unterhaltung.

Mobil sein hieß früher: Sich physisch von A nach B bewegen. Die Fortsetzung heißt: Was kann ich in einer bestimmten Zeit alles erledigen? Mit schnellen Zug- und Busverbindungen schaffe ich mehr als im Stau im PKW. Insbesondere lässt sich die Zeit im Zug oder Bus noch zusätzlich nutzen.

Übrigens: Der VCD ist die Lobbyvertretung für umweltbewusste Verkehrsteilnehmer: Ein VCD-Mitglied, das „unterwegs liegen bleibt“, wird Pannenhilfe auch vom ADAC Service erhalten – die Verkehrsclubs verrechnen den Kostenaufwand unter sich.

b.d.

# Ökologische Wende in der Verkehrspolitik

## Verkehrspolitische Prüfsteine für Telgte

Die Verkehrswende ist laut VCD mit den 5 Vs umsetzbar:

- Verlangsamung des Verkehrs
- Verbesserung der Technik
- Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehre
- Vermeidung von Verkehr
- Veränderung des Bewußtseins im Verkehrsverhalten

Umgesetzt auf die Situation in Telgte, bedeutet dieses:

### Beschilderung:

Durch Beschilderung können Wertigkeiten ausgedrückt werden. Auf der Nordseite der Schienen geht das Hinweis-

schild auf den Bahnhof in der Werbebeschilderung unter, auf der Südseite fehlt sie trotz Anfrage im Bauausschuss vergangenes Jahr immer noch komplett. Auch bessere Beschilderung des ÖPNV sollte erfolgen.

### Parkplätze:

Zur Entschärfung der Parkplatzsituation in der Altstadt sollte über AnwohnerInnenparkplätze und auch über die Beteiligung der AutofahrerInnen in Form von Parkuhren an den Kosten, die zur Bereitstellung von Parkraum entstehen, nachgedacht werden.

### Kreisel:

In Telgte sollten für alle Kreisel einheitliche Vorfahrtsregeln für RadfahrerInnen gelten.

### Einbahnstraßen:

Die Einbahnstraßenregelung für RadfahrerInnen sollte aufgehoben werden.

### ÖPNV:

Die Einführung von Monats/Jahrestickets für den ÖPNV gegen geringe Gebühr sollte angestrebt werden.

### Fahrradständer:

Die Anzahl der Fahrradstän-

der an der Südseite des Bahnhofs reicht nicht aus, ferner soll eine Überdachung der

Fahrradständer geprüft werden.

u.m.

Möbel für Anspruchsstelle

Innenausbau  
Bau- und  
Möbeltischlerei

**Andreas Fiege**

**Beratung • Planung • Fertigung • Montage**

<ul style="list-style-type: none"> <li>☒ Exklusiver Innenausbau</li> <li>☒ Einbaumöbel</li> <li>☒ Fenster und Türen</li> <li>☒ Massivholzmöbel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>☒ Küchen- und Badmöbel</li> <li>☒ Schiebetürsysteme</li> <li>☒ Restaurierung</li> <li>☒ Sonderanfertigungen</li> </ul>
---	---

Berdel 30 • 48291 Telgte  
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89



# GRÜN MACHT DEN UNTERSCHIED.

## 10 GRÜNDE FÜR GRÜN: NRW BRAUCHT STÄRKERE GRÜNE

### WIR TREIBEN DIE ENERGIEWENDE VORAN

Wir wollen mit einem Klimaschutzgesetz Energiesparen stärker fördern und erneuerbare Energien schneller ausbauen. Umwelt- und Klimaschutz schaffen neue Jobs mit Zukunft.

### WIR SCHAFFEN EIN GRÜNES UND GESUNDES NRW

Wir wollen eine lebenswerte Umwelt für alle Menschen. Wir unterstützen die Gründung des Nationalparks in Ostwestfalen-Lippe. Wir setzen uns konsequent für saubere Luft, gesunde Lebensmittel, Lärmschutz und wirksamen Tierschutz ein.

### WIR SICHERN ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT FÜR ALLE IN NRW

Wir haben das Sozialticket ermöglicht. Wir streiten für einen gut ausgebauten ÖPNV und setzen auf Schiene, Radwege und den Erhalt von Straßen und Brücken.

### WIR STÄRKEN NRW ALS LAND DER BILDUNG

Mit neuen Gesamt- und Sekundarschulen fördern wir längeres gemeinsames Lernen. Die Kopfnoten sind abgeschafft. Den Ganzttag bauen wir aus. Wir wollen schrittweise Schulen schaffen, in denen Kinder mit und ohne Handicap gemeinsam lernen. Die Klassen werden nach und nach kleiner, kleine Grundschulen haben neue Chancen.

### WIR WOLLEN DAS BESTE FÜR UNSERE KINDER IN NRW

Wir haben mehr und bessere Kita-Plätze geschaffen. Wir wollen, dass alle Eltern einen hochwertigen Betreuungsplatz auch für unter 3-Jährige bekommen.

### WIR STÄRKEN DIE HOCHSCHULEN IN NRW

Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und die Hochschulfinanzierung ge-

sichert. Wir wollen mehr Studienplätze einrichten und die Mitbestimmung an den Hochschulen stärken.

### WIR SCHAFFEN EIN SOZIAL GERECHTES NRW

Wir kämpfen für einen flächendeckenden Mindestlohn. Wir wollen eine gute, wohnortnahe und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle. Alle, auch pflegebedürftige Menschen, sollen gut versorgt werden und in ihrer gewohnten Umgebung leben bleiben können.

### WIR STÄRKEN WEITER DIE STÄDTE UND GEMEINDEN IN NRW

Die Finanzsituation der meisten Kommunen ist dramatisch. Deswegen gibt es Hilfen für die Entschuldung notleidender Kommunen. Vom Bund fordern wir Entlastung bei den steigenden Sozialausgaben. Fördermittel müssen nach Bedarf, nicht nach Himmelsrichtung, verteilt werden. Den Landeshaushalt wollen wir konsolidieren und im Bund eine Vermögens- und höhere Erbschaftssteuer einführen.

### WIR MACHEN NRW NOCH DEMOKRATISCHER

Wir wollen, dass in NRW die Menschen noch leichter mit Volksentscheiden direkt mitbestimmen können. Alle Behörden sollen ihre Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger frei zugänglich veröffentlichen, um Transparenz und Mitbestimmung zu verbessern.

### WIR STREITEN WEITER FÜR EIN GLEICHBERECHTIGTES NRW

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen und eine gleichwertige Bezahlung von Frauen und Männern.

### Aufnahmeantrag – Ich will in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied werden

Name	Vorname		
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort (1. Wohnsitz)		
Telefon	Mobil	E-mail	Fax
Geb. Datum	Geschlecht	Staatsangehörigkeit	Beruf



Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von ..... Euro\*. Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus

(Zutreffendes bitte ankreuzen):  monatlich  vierteljährlich  jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet werden, wobei alle einschlägigen Datenschutzgesetze beachtet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ich bin nicht Mitglied einer anderen Partei.

Ort, Datum und Unterschrift

\*Achtung: Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1% des Nettoeinkommens. Im Falle von sozialer Härte kann eine Ermäßigung beim Kreis-/Ortsverband beantragt werden. Mitgliedsbeiträge und Spenden sind übrigens steuerabzugsfähig: bei Beiträgen und Spenden bis zu Euro 1.650,- für Ledige und Euro 3.300,- für Verheiratete zieht das Finanzamt 50% der Spendensumme von der Einkommenssteuer ab. Weitere Euro 1.650,- (3.300,- für Verheiratete) werden vom zu versteuernden Einkommen abgezogen. Eine Spendenquittung verschicken wir automatisch jeweils am Anfang des folgenden Jahres.